



Flüchtlingsrat Thüringen e.V.
Schillerstraße 44 // 99096 Erfurt

TELEFON +49 (0) 361 51 80 51-25 // -26

FAX +49 (0) 361 51 88 43 28

E-MAIL info@fluechtlingsrat-thr.de

BANK Flüchtlingsrat Thüringen e.V.
Sparkasse Mittelthüringen
IBAN: DE98 8205 1000 0163 0262 70
BIC: HELADEF1WEM

WWW.FLUECHTLINGSRAT-THR.DE

Erfurt, den 14. Juni 2016

 Flüchtlingsrat Thüringen e.V. // Schillerstraße 44 // 99096 Erfurt

PRESSEMITTEILUNG

Keine weitere Aushöhlung des Asylrechts - Thüringer Flüchtlingsrat fordert von Landesregierung ein klares Nein zur Ausweitung der sicheren Herkunftsländer

Am Freitag den 17. Juni 2016 stimmt der Bundesrat über das Gesetz zur Bestimmung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten ab. Neben Amnesty International und Pro Asyl fordert auch der Flüchtlingsrat Thüringen ein Stopp des Gesetzesvorhabens und fordert die Landesregierung auf, sich klar gegen eine weitere Aushöhlung des Rechts auf Asyl auszusprechen. Dazu sagt Martin M. Arnold vom Flüchtlingsrat Thüringen: „Es ist nicht hinnehmbar, mit welcher Vehemenz die Bundesregierung versucht, das Recht auf Asyl auszuhöhlen und dabei rechtsstaatliche Grundsätze missachtet. In allen drei Ländern gibt es unzählige dokumentierte Fälle von Menschenrechtsverletzungen, Folter und Verfolgung. Es gibt keinerlei Grundlage, diese Länder als sicher einzustufen.“

Für die Einstufung als sichere Herkunftsländer müssen die betreffenden Staaten bestimmte Kriterien erfüllen. Demnach müssen Menschenrechte eingehalten werden und es darf keine staatliche Verfolgung bestimmter Menschengruppen geben. Nicht zuletzt Amnesty International, Diakonie und Pro Asyl haben mehrfach auf die Menschenrechtsverletzungen aufmerksam gemacht. Es gibt dutzende Berichte über die Verfolgung Homo- und Bisexueller sowie transgeschlechtlicher Personen und die Unterdrückung von politischen Oppositionen in allen drei Ländern. „Der Bundestag hat sich über Normen hinweg gesetzt, jetzt ist es am Bundesrat, sich als rechtsstaatliches Korrektiv zu beweisen und das Gesetzesvorhaben zu stoppen“ so Arnold weiter. Schutzsuchenden aus als „sicher“ definierten Ländern drohen

FLÜCHTLINGSARBEIT
IST KOSTENFREI, ABER IN
KEINEM FALL UMSONST
UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT!

→ **SPENDENKONTO**
Sparkasse Mittelthüringen
IBAN: DE98 8205 1000 0163 0262 70
BIC: HELADEF1WEM

MITGLIED DER BUNDES-
ARBEITSGEMEINSCHAFT
PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.



schnellere Abschiebungen, Arbeitsverbote und die faktische Einschränkung des Rechts auf Asyl. 2016 waren nur vergleichsweise wenige der AsylbewerberInnen aus den genannten Ländern. Martin M. Arnold dazu „auch Carsten Schneider von der SPD schürt mit undifferenzierten Aussagen Vorurteile gegen bestimmte Menschengruppen. Es ist fatal, wenn mit Populismus und blindem Aktionismus auf Kosten von Menschen aus einigen Ländern Schutzrechte eingeschränkt werden sollen. Die Hetzjagd auf bestimmte Schutzsuchende spielt letztlich nur den Brandstiftern und Feinden der Menschenrechte in die Karten. Es ist viel wichtiger das Recht auf Asyl vollumfänglich zu gewähren und Menschen auf sicherem Wege zu den geschaffenen Aufnahmeplätzen zu führen, also auch Menschen aus der Türkei und Griechenland aufzunehmen.“